



# kurz berichtet

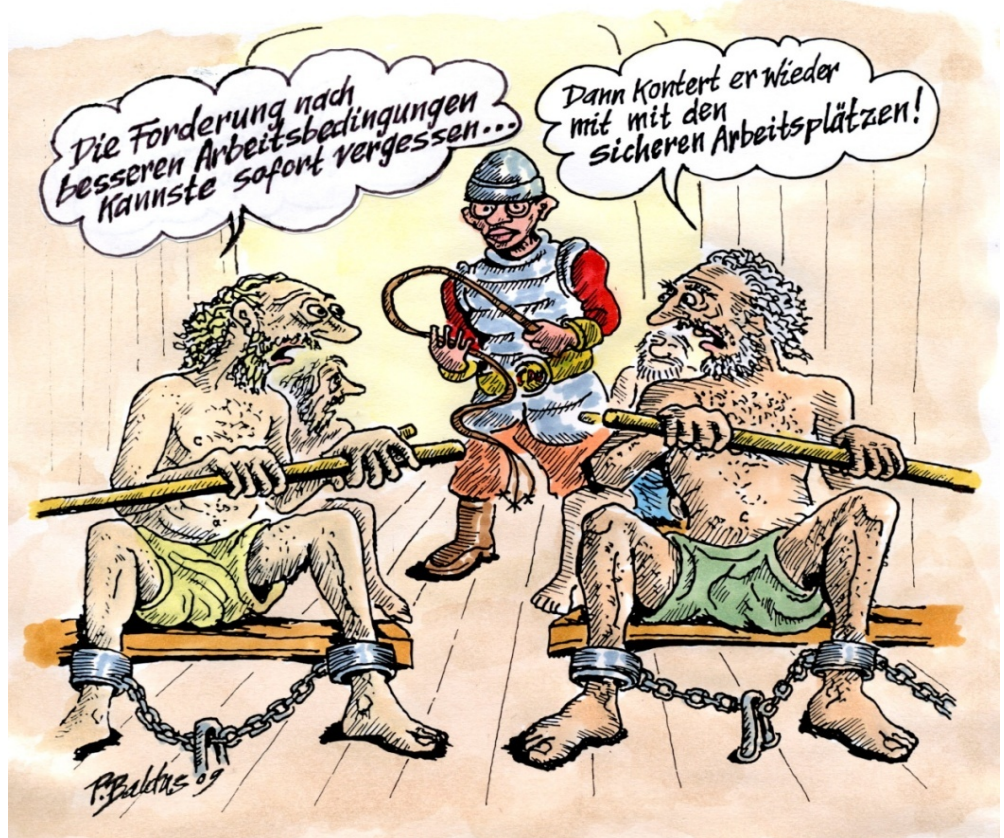
Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe November - I 2009

## Inhalt:

1. Cartoon
2. § 208 LBG –erste Fortschritte
3. Beihilfe dauert zu lang
4. Kommunalpolizei
5. GdP vor Ort –K 7 Mainz
6. Berliner Koalitionsvertrag
7. Oktoberfest KG Mainz
8. „Delegationsendpunkte“ tauschen sich aus
9. Task-Force Finanzaktionssteuer
10. Bundespräsident Köhler: DGB wird gebraucht
11. Leserbrief neue Uniform
12. Schutzimpfung kostenlos
13. GdP- Vital

### 1. Lebensarbeitszeit, Beförderungen, Zulagen:



Wie heißt es so schön: „Wir sitzen alle in einem Boot – aber es ist leider eine Galeere!“



## 2. Druck der GdP erste Fortschritte bei Evaluierung des § 208 LBG

In einem offenen Brief an Ministerpräsident Kurt Beck und Innenminister Karl-Peter Bruch (*wir berichteten im Flugblatt vom 4. November*) hat die GdP beklagt, dass die seit April 2009 für die Evaluation des § 208 LBG vorliegenden Daten dem Hauptpersonalrat Polizei nicht zur Verfügung gestellt wurden und eine wissenschaftliche Auswertung bisher nicht stattgefunden hat. Unmittelbare Reaktion von Innenminister Bruch war ein Gesprächsangebot an den Vorstand des HPRP für den 11. November 2009. Ernst Scharbach, GdP-Landesvorsitzender und Vorsitzender des Hauptpersonalrats, zeigte sich nach dem Gespräch zufrieden: „Endlich bekommen wir die Auftragserteilung für die Evaluation an Herrn Prof. Dr. Nachreiner von der Gesellschaft für Arbeits-, Wirtschafts- und Organisationspsychologische Forschung e.V. zur Kenntnis und die Möglichkeit, ergänzende Fragestellungen in dem Auftrag zu verankern. Dieser Schritt war überfällig, jetzt geht es darum die richtigen Fragen zu stellen.“ Zwischenzeitlich liegt der GdP und dem HPRP eine schriftliche Antwort aus der Staatskanzlei und dem ISM zum offenen Brief vor. Ministerpräsident Beck teilt der GdP mit, dass er den Innenminister gebeten hat, sich unserem Anliegen anzunehmen und ihn über die Angelegenheit weiter zu unterrichten. Das ISM hat dem HPRP nun die Auftragsersteilung zukommen lassen. Die GdP hat sich in den letzten Wochen in einer Arbeitsgruppe intensiv mit einer Vorstudie von Herrn Prof. Dr. Nachreiner und der Gesundheitsbefragung der Unfallkasse Rheinland-Pfalz beschäftigt, um die Evaluation zielgerichtet begleiten zu können. Bernd Becker, stellv. Vorsitzender der GdP, zeigt sich von den ersten Ergebnissen dieser Untersuchungen nicht überrascht: „die Verlängerung der Lebensarbeitszeit hat bereits in den vergangenen vier Jahren zu Frühpensionierungen, steigenden Krankheitsraten und einer beinahe Verdoppelung der eingeschränkt dienstfähigen geführt.“ Heinz-Werner Gabler, stellv. Vorsitzender der GdP, pflichtet ihm bei: „Die negativen Auswirkungen der Lebensarbeitszeitverlängerung sind Fakt und lassen sich wissenschaftlich nachweisen. Die GdP wird die Evaluation kritisch begleiten und dafür Sorge tragen, dass nichts „unter den Teppich gekehrt wird“.

## 3. Beihilfe dauert zu lang

**Viele Kolleginnen und Kollegen beschwerten sich in den letzten Monaten über die zu langen Bearbeitungszeiten bei der Abrechnung der Beihilfeanträge. Die GdP hat dies zum Anlass genommen den Finanzminister und den Präsidenten der OFD aufzufordern, diesen unhaltbaren Zustand abzustellen.**

*Sehr geehrter Herr Minister Dr. Kühl,  
sehr geehrter Herr Oberfinanzpräsident  
Nägler,*

*die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wendet  
sich in einem offenen Brief an Sie und bittet um  
Abhilfe der vorzutragenden Missstände.  
In den letzten zwei Monaten beschwerten sich  
unsere Kolleginnen und Kollegen vermehrt*







*über eine lange Dauer der Bearbeitung von Beihilfeanträgen. Teilweise dauere es bis zu sechs Wochen, bis die Beihilfe überwiesen ist, der Rücklauf der Beihilfeanträge bzw. der Beihilfebescheide dauere, bedingt durch den dienstlichen Postweg, noch länger.*

*Im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen müssen die Bearbeitungszeiten wieder auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden.*

*Gerade die Pensionäre und Hinterbliebenen sind häufig nicht in der Lage, große Beträge über Wochen in Vorlage zu bringen, um die Mahnungen der Ärzte zu erfüllen.*

*Die Beanstandung von Arztrechnungen ist den Kolleginnen und Kollegen oftmals erst möglich, wenn die Bescheide der ZBV Fehler zum Vorschein bringen. Ist die Arztrechnung erst einmal bezahlt, ist eine Rückforderung der überzahlten Beträge nur sehr schwer durchsetzbar und das Geld ist für die Kolleginnen und Kollegen verloren.*

*An dieser Stelle wollen wir nicht versäumen, nochmals auf die Forderungen der GdP hinzuweisen, dass die Abrechnung zwischen Arzt und Beihilfestelle erfolgen sollte, um so das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient nicht durch gebührenrechtliche Streitfälle zu belasten.*

*Wir hoffen, dass die Zusammenlegung der Beihilfestellen Trier und Koblenz nicht dazu geführt hat, dass personelle Einsparungen durch eine verlängerte Bearbeitungsdauer auf dem Rücken der Kranken ausgetragen werden.*

*Sehr geehrter Herr Minister Dr. Kühl, sehr geehrter Herr Oberfinanzpräsident Nägler, wir würden uns freuen, wenn Sie veranlassen könnten, dass die Bearbeitungsdauer der Beihilfeanträge zukünftig wieder im Sinne der Beschäftigten, Pensionäre und Hinterbliebenen verkürzt werden könnte.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Ernst Scharbach  
Landesvorsitzender*

Über die Antwort werden wir berichten.

#### **4. Kommunalpolizei**

Nach Auffassung der Rheinpfalz vom 20.10.2009 zweifelt kaum mehr einer daran, dass die Vorschläge zur Kommunalreform Wirklichkeit werden. Damit würden auch die Zuständigkeiten der Verkehrsüberwachung auf die Kommunen verlagert. Was dies für die Polizei und insbesondere für die Verkehrsdirektionen bedeutet ist noch nicht klar absehbar. Die GdP befürchtet erhebliche Qualitätsverluste in der Verkehrssicherheitsarbeit und Nachteile für die Kriminalitätsbekämpfung.

Die GdP hat über die Spitzenorganisation DGB Stellung zu dem Gesetzentwurf bezogen. Darüber hinaus wurden die Fraktionen des Landtages gebeten, bei der Beauftragung der drei Gutachter auch die Auswirkungen des Gesetzes auf die Polizei prüfen zu lassen.

## 5. GdP vor Ort bei K/7 Mainz

Laborneubau – Schwer Zeit, dass sich was tut

Eines war den Besuchern von der GdP schon nach kurzer Zeit klar: So kann die Labor-Situation beim Mainzer K/7 nicht bleiben. Schon alleine die Kopfhöhe lässt erwarten, dass man so lange prüfen kann, wie man will. Es wird nicht für eine



Ernst Scharbach, Hans-Peter Jung, Bernd Becker, Thomas Wimmer, Patrick Schwab, Ingo Schütte

ordentliche Entlüftung reichen. Die erforderlichen Verkehrs- und Arbeitsflächen werden sich ebenfalls in diesem Raum nicht darstellen lassen. Die zahlreichen damit verbundenen Beschwerden wurden von den Kollegen vor Ort, dem Leiter

der KI, Patrick Schwab, und Ingo Schütte vom Gesamtpersonalrat eindrücklich dargestellt.

Woran liegt es also, dass nichts vorwärts geht und die bereits vorliegende Planung für ein Labor in der Fahrebene nicht umgesetzt wird? Diese Frage konnte weder vor Ort, noch in einem ersten Gespräch im ISM beantwortet werden. Die GdP wird nachhaken und dabei auch die anderen Baumaßnahmen im Land, z.B. Landau, Montabaur oder Betzdorf nicht aus dem Auge verlieren. Über Aktivitäten und Ergebnisse wird nachberichtet.

## 6. Berliner Koalitionsvertrag: Die Unternehmer jubeln

Die GdP hat mit dem DGB eine erste Bewertung des neuen Koalitionsvertrages vorgenommen.

Vieles bleibt im Nebel. Auf 83 Seiten wurden nur Prüfaufträge vergeben.

In vielen Bereichen ist mit weiteren Privatisierungen zu rechnen (ÖPNV, Bahn pp.). Tendenzen zur Entstaatlichung (Privatisierung öffentlicher Aufgaben) sind deutlich zu erkennen.

Am deutlichsten wird der Kurswechsel im Bereich der Gesundheit:

GdP-Vorsitzender Konny Freiberg: *„Da der Arbeitgeberanteil eingefroren werden soll, müssen die Arbeitnehmer die zukünftigen Lasten der steigenden Gesundheitskosten alleine tragen. Auch die beabsichtigte kapitalgedeckte Finanzierung der Pflegeversicherung geht ganz zu Lasten der Arbeitnehmer. Ein Systemwechsel mit gravierenden Folgen für die Zukunft.“* Die Arbeitgeber verabschieden sich damit nicht nur aus der Beteiligung an den Gesundheitskosten – sie verlieren auch ihr Interesse daran, die Gesundheitskosten insgesamt einzudämmen. Und die Kleinen Leute haben dort außer ihren Gewerkschaften keine Lobby.

Der unmissverständlichste Bereich ist die geplante Steuerentlastung und zwar als Bedienung der FDP-Klientel. Die Unternehmenssteuern und die Erbschaftssteuern werden gesenkt.

Die 24 Milliarden Steuersenkung müssen auch von den Ländern mit finanziert werden (ca. 10 Mrd. Euro durch den Bund und ca. 14 Mrd. Euro durch Länder/Kommunen).





Es wird immer deutlicher – gerade auch in den Ländern -, dass der öffentliche Dienst zukünftig der Leidtragende sein wird. In vielen Ländern sind bereits drastische Personaleinsparungen vorgesehen. Andere werden folgen. Ernst Scharbach: „Der rheinland-pfälzische Finanzminister Carsten Kühl rechnet mit Mindereinnahmen von 700 Millionen pro Jahr, wenn die Pläne umgesetzt werden. Jeder kann sich selbst ausrechnen, was das bedeuten wird... Aber: Die Mehrheit hat es so gewollt.“

### 7. Oktoberfest der Kreisgruppe Mainz

Die Organisatoren der Kreisgruppe – allen voran Koll. **Markus Kaiser** – konnten sich über einen ausverkauften Saal freuen.

50 Kolleginnen und Kollegen feierten bei zünftigem Bier und Schweinshaxen den



Oktober in Mainz-Finthen – für die Vegetarier gab es immerhin Spundekäs und Brezeln! Das Mainzer Oktoberfest ist inzwischen zu einer festen Einrichtung geworden. Man muss sich allerdings früh anmelden. Die Plätze sind ruck-zuck belegt.

### 8. „Delegationsendpunkte“ tauschen sich aus



Auch in diesem Jahr hat die GdP wieder der untersten Führungsebene, zum Beispiel Leiter einer Dienstgruppe oder eines Kommissariats, ein eigenes Seminar gewidmet. Organisiert und geleitet von Horst Zwank und Bernd Becker hatten 17 Kolleginnen und Kollegen zwei Tage Gelegenheit, ihre eigene Rolle zu hinterfragen, sich mit anderen in der Rolle des „Delegationsendpunktes – DEP“ auszutauschen. Der erforderliche „Input“ und fachliche Beiträge in den regen Diskussionen kamen von Dr. Hermann Schäfer, der als Berater für Betriebsräte und



Betriebe für die Technologieberatungsgesellschaft des DGB arbeitet, und vom Kollegen Peter Traub, Dozent an der FH-Pol und selbst mit jahrelanger Führungserfahrung in Polizeieinspektionen.

Den herrlichen Herbst-Sonnenschein nutzten die Teilnehmer zum „Familienfoto“ am Rhein, unterhalb des Seminar-Hotels. In der Novemberausgabe der Deutschen Polizei wird über die Inhalte berichtet.

## 9. Task-Force Finanztransaktionssteuer

Das Europäische Attac-Netzwerk begrüßt das erste Treffen einer internationalen Task Force für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT) am 22. Oktober in Paris. Der Task Force gehören die Finanzminister zahlreicher Staaten an. Die Globalisierungskritiker fordern, dass die Verursacher der globalen Wirtschaftskrise für ihre Bewältigung bezahlen und das globale Finanzcasino geschlossen wird. Für beide Ziele sei eine Finanztransaktionssteuer dringend notwendig.

*"Die Finanztransaktionssteuer ist - etwa im Euroraum - so problemlos einführbar wie die Gebühren für Girokonten",* sagte **Peter Wahl** vom Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland. Sie zu umgehen, wäre nur bei einem Verzicht auf elektronische Handelsplattformen und internationale Zahlungsausgleichssysteme möglich. Das aber käme letztendlich viel teurer als die Steuer selbst.

Bei den gigantischen Umsätzen auf den Finanzmärkten würde laut Attac selbst ein Steuersatz von nur 0,1 Prozent helfen, die Staatshaushalte zu sanieren. *"Die Schuldigen für das Desaster, also Banken, Fonds und alle anderen Spieler, müssen zur Kasse gebeten werden und ihrer finanziellen und gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Bereits jetzt gibt es in fast allen Ländern Vorstöße, die Krisenlasten auf die Bevölkerung abzuwälzen, etwa durch eine höhere Mehrwertsteuer. Das darf nicht geschehen",* sagte **Detlev von Larcher**, Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis

Der Internationale Währungsfonds IWF ist beauftragt, bis zum nächsten G 20-Treffen Vorschläge zu machen, wie die Finanzbranche substanziell zur Finanzierung der Krisenlasten beitragen kann.

Die Finanztransaktionssteuer funktioniert wie die Umsatzsteuer. Sie wird erhoben auf den Handel mit Aktien und allen Arten von Wertpapieren, Derivaten und Devisen - also alle Vermögenswerte, die in der Branche gehandelt werden.

## 10. Bundespräsident Horst Köhler: "Sie werden gebraucht":



Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seinen 60. Geburtstag gefeiert.

Bundespräsident **Horst Köhler** gratulierte dem DGB: *"Sie werden gebraucht. Bleiben Sie stark, bleiben Sie streitbar und kompromissbereit und auf das Gemeinwohl bedacht!"* Der DGB-Vorsitzende **Michael Sommer** sagte, der DGB wolle mit jeder demokratisch gewählten Regierung konstruktiv zusammen arbeiten, *"das heißt aber mitnichten, dass wir jede Politik mittragen"*.





## 11. Leserbrief zur Uniform

„Hallo Jürgen,  
ich hab' gerade den Leserbrief des Kollegen Rech der PI KIB gelesen.  
Hinsichtlich offensichtlichen Tatsache, dass sich der Kollege aufgrund des Umstandes, dass er die hübsche, blaue Bahnschaffner-Uniform nicht tragen darf, der niederen Kaste einer zwei-Klassen-Polizei zugehörig fühlt, hege ich die Vermutung, dass er nicht dem schutzpolizeilichen Wechselschichtdienst zugehörig ist.  
Denn dann hätte er andere, tatsächliche Probleme.  
Aber eines reißt alles wieder raus: Der WSD darf die neue, schöne, Uniform tragen und viele andere eben nicht – ätsch.  
Mein Dank an unsere Gönner....  
Doch ich bin nicht wirklich so herzlos, wie es den Anschein haben könnte - mein ausdrückliches Mitgefühl gehört dem bedauernswerten Kollegen, der weiterhin die (alte) Uniform tragen muss, in welcher er sofort als Polizist erkannt wird, und nicht zuallererst Assoziationen in Richtung Bahnschaffner, Feuerwehrmann, Werk-schutzmitarbeiter oder private Security hervorruft.  
Glück auf,  
Jürgen“

## 12. Schutzimpfung kostenlos

Nach Mitteilung des Finanzministeriums ist die Impfung gegen die sogenannte Schweinegrippe für alle Personen kostenlos. Die Kosten werden durch einen beim Land gebildeten Fonds getragen. In diesen Fonds zahlen die Kostenträger für ihre versicherten Personen ein (gesetzliche Krankenkassen, private Krankenkassen, Beihilfeträger).  
Daher dürfen Ärzte, nach Mitteilung des FM, keine Rechnungen stellen. Weder der Impfstoff noch die ärztliche Leistung müssen bezahlt werden. Da sich RLP über diesen Fond beteiligt, sind Aufwendungen für die Influenza A – Impfung nicht beihilfefähig.

### Jetzt die aktuellen Vorteile sichern:

#### Erhebliche Vergünstigungen für PSW-Kunden beim Auto-Kauf oder Buchung der Urlaubsreise!!!

PSW 06131/96009-23 oder -31

Unser Partner bei Versicherungen: Polizeiversicherungs AG [www.pvag.de/](http://www.pvag.de/)

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte [www.schwitzkasten.de](http://www.schwitzkasten.de)

Schuhe kaufen zu 15% Rabatt: [www.schuhe123.de](http://www.schuhe123.de)

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: [www.autoservice-gessner.de](http://www.autoservice-gessner.de)

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

[www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)

Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)